

Vorlage Nr.: 2022/026

Berichtsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Bericht	Sitzung am	TOP
Kreisausschuss	Kreisdirektor	14.02.2022	12
Kreistag	Kreisdirektor	21.02.2022	16

Korruptionsprävention in der Kreisverwaltung Recklinghausen, Mitgliedschaft bei Transparency International Deutschland e.V.

Darstellung des Sachverhaltes:

Der Kreis Recklinghausen nimmt die Aufgaben der Korruptionsprävention inklusive der hiermit verbundenen Maßnahmen bereits seit 1996 wahr. Aufgrund verschiedener rechtlicher Änderungen wurden im Jahr 2019 umfangreiche Anpassungen der internen Dienstanweisung sowie der grundsätzlichen Herangehensweise erforderlich.

In der Sitzung des Kreistages vom 29.09.2021 wurde unter Tagesordnungspunkt 30 der Antrag der Kreistagsfraktion der SPD vom 23.08.2021 – Korruption in Politik und öffentlicher Verwaltung präventiv entgegenwirken – behandelt und auf die ersten Sitzungsblöcke des Jahres 2022 verschoben.

Maßnahmen zur Korruptionsvermeidung in der Kreisverwaltung Recklinghausen

Korruptionsprävention wird seit mehr als zwanzig Jahren in der Kreisverwaltung Recklinghausen aktiv betrieben. Eine entsprechende Dienstanweisung gibt es bereits seit dem Jahr 1998. Seitdem wird auch die Funktion einer Antikorruptionsbeauftragten / eines Antikorruptionsbeauftragten in der Kreisverwaltung geführt. Aufgrund mehrerer Novellierungen des „Gesetzes zur Verbesserung der Korruptionsbekämpfung und zur Errichtung und Führung eines Vergaberegisters in Nordrhein-Westfalen (Korruptionsbekämpfungsgesetz - KorruptionsbG)“ musste die ursprüngliche Dienstanweisung überarbeitet und aktualisiert werden. Ende des Jahres 2019 erging die heute geltende „Dienstanweisung zur Vorbeugung von Korruption und zum Schutz der Beschäftigten der Kreisverwaltung Recklinghausen). Diese Dienstanweisung verfolgt die grundlegende Zielsetzung, durch geeignete präventive Maßnahmen korruptes Handeln bereits vor der Entstehung zu unterbinden.

Das Hauptaugenmerk in der praktischen Umsetzung der Dienstanweisung liegt auf der Erarbeitung eines Gefährdungsatlasses für die gesamte Verwaltung. Dieser



Klimpel
Landrat



Butz
Kreisdirektor

Gefährdungsatlas ermöglicht es, besonders korruptionsgefährdete Bereiche bzw. Tätigkeitsfelder offenzulegen und möglichen Gefahrenquellen gezielt und vorausschauend entgegenzuwirken. Die Erstellung des Gefährdungsatlasses erfolgt derzeit sukzessive für die einzelnen Bereiche.

Ein weiterer wichtiger Teilbereich der Korruptionsprävention ist die Sensibilisierung der Beschäftigten. Hierzu wird, insbesondere auf Grundlage der mit der Erstellung des Gefährdungsatlasses gewonnen Erkenntnisse, in einem noch folgenden Schritt ein Schulungskonzept erarbeitet werden.

Mitgliedschaft bei Transparency International Deutschland e.V.

Für die Aufnahme bei Transparency International Deutschland e. V. ist eine Selbstverpflichtungserklärung abzugeben, in der die Verwaltung sich zu einem effizienten Compliance Management System mit strengen Anti-Korruptions-Maßnahmen verpflichtet. Diese Selbstverpflichtungserklärung muss nachfolgend alle drei Jahre erneut abgegeben werden.

Unter den Mitgliedern finden sich überwiegend Unternehmen aber auch einige Kommunen, Städte, Vereine und Stiftungen. Mitglieder aus dem öffentlichen Sektor sind – soweit ersichtlich – die Städte Bonn, Halle (Saale), Hilden, Köln, Leipzig, Mainz, Neuruppin, Potsdam sowie das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein.

Die Mitgliedsbeiträge sind nach Rechtsform und Umsatz gestaffelt. Der für den Kreis Recklinghausen maximal zu erwartende Beitrag beträgt jährlich 6.250 EUR.

Nach Einschätzung der Verwaltung erscheint eine Aufnahme der Kreisverwaltung Recklinghausen als Mitglied bei Transparency International Deutschland e.V. grundsätzlich möglich und mit Blick auf zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsmöglichkeiten auch sinnvoll zu sein.

Künftig wird im Sinne des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion die Verwaltung im Rechnungsprüfungsausschuss über die Regelungen der Dienstanweisung, mögliche Gefährdungsquellen, geeignete Gegenmaßnahmen sowie über den derzeitigen Aufbau eines Gefährdungsatlasses berichten.